

Hauptabteilung Politik und Beratung

Berlin, Januar 2012



 PARTEIENMONITOR AKTUELL

Die „neue“ NPD: Zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade

Berlin, Januar 2012

Marc Brandstetter

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Empirische Sozialforschung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard

Hauptabteilungsleiter
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3550
michael.borchard@kas.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Die „alte“ NPD	4
3.	Die „neue“ NPD unter Udo Voigt (1996 bis 2011)	5
3.1.	Neues Personal und frischer Wind	5
3.2.	Organisatorische Neustrukturierung	6
3.3.	„Frisches Blut“ – Personelle Radikalisierung	7
3.4.	Die NPD als ostdeutsche Regionalpartei	9
3.4.1.	Mitgliederentwicklung	9
3.4.2.	Jung, männlich, fanatisch – Die Basis der NPD	11
3.4.3.	Organisatorisches Ungleichgewicht	11
3.4.4.	Erfolge im Osten, Niederlagen im Westen: Die Wahlteilnahmen.....	12
3.4.5.	Die „Kümmerer-Partei“	15
4.	Ideologisch-strategische Neuausrichtung	17
4.1.	Programmatische Radikalisierung.....	17
4.2.	Die „Volksgemeinschaft“ als Ideologiefundament.....	18
4.3.	„Nationaler Sozialismus“ – Auf den Spuren der NSDAP	19
4.4.	Die „Vier-Säulen-Strategie“	22
4.4.1.	„Der Kampf um die Straße“	23
4.4.2.	„Der Kampf um die Parlamente“	23
4.4.3.	„Der Kampf um die Köpfe“	24
4.4.4.	„Der Kampf um den organisierten Willen“	25
5.	Neue Führung, neuer Kurs?	29

1. Einleitung

Wie so oft steht die NPD zu Beginn des Jahres 2012 an einem Wendepunkt. Kaum hatte Holger Apfel, sächsischer Fraktions- und Landesvorsitzender in Personalunion, Anfang November 2011 den Bundesvorsitz übernommen, brachte die Aufdeckung der rechtsterroristischen Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) die Partei in stürmische See. Anstatt durch einen bürgerlichen Anstrich zu punkten, geriet sie in das Visier der Politiker. Reflexartig forderten führende Repräsentanten aller Parteien – mit Ausnahme der FDP – ein neues Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Auf einer Konferenz vereinbarten die Innenminister von Bund und Ländern, gezielt Informationen zu sammeln und genaue Kriterien auszuarbeiten. Ein erneutes Scheitern sollte ausgeschlossen werden, um dem Rechtsstaat eine weitere Blamage zu ersparen.¹

Ohnehin hatte der gebürtige Hildesheimer Apfel ein schweres Erbe angetreten. Sein Vorgänger Udo Voigt (1996 bis 2011) hinterlässt große Fußspuren. Er ist sicherlich – neben Adolf von Thadden (1967 bis 1971) – der Parteivorsitzende, der die NPD am deutlichsten prägte. Ohne die von ihm eingeleitete und vorangetriebene personelle, organisatorisch-strategische und ideologisch-programmatische Neuausrichtung hätte die NPD nicht ihren „zweiten Frühling“ erlebt.² Zuletzt büßte der ehemalige Bundeswehroffizier aber an Glanz ein, die NPD-Erfolgswelle schien 2009 zu Ende. Existenzgefährdende Zahlungsprobleme, spürbare Mitgliederverluste, Rückschläge in der Bündnispolitik und Wahlergebnisse weit unter den eigenen Erwartungen vergrößerten die innerparteiliche Spaltung.³

1 Vgl. Der Tagesspiegel, Innenminister wollen rechtsextreme NPD verbieten, unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus/innenministerkonferenz-innenminister-wollen-rechtsextreme-npd-verbieten/5941298.html> (eingesehen am 26. Dezember 2011).

2 So Armin Pfahl-Traughber, vgl. ders., 2008, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, St. Augustin/Berlin.

3 Vgl. Marc Brandstetter, 2009, Die Selbstzerfleischung der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2009, S. 15-18.

2. Die „alte“ NPD

Die NPD ist die älteste aktive rechtsextremistische Partei Deutschlands. Gegründet wurde sie im Herbst 1964 als Sammlung der versprengten rechten Kräfte der Bundesrepublik. Das Projekt startete verheißungsvoll. Zwischen 1965 und 1969 setzte sie zu einer Erfolgsserie an, die bis heute ihres Gleichen sucht, und konnte in sieben Landesparlamente einziehen.⁴ Obwohl die NPD seinerzeit am ehesten eine deutschnationale Politik verfocht, traf sie vor allem dort auf hohe Resonanz, wo schon die NSDAP überdurchschnittlichen Anklang gefunden hatte. Dabei hatte ihr charismatischer Parteivorsitzender Adolf von Thadden eine Abgrenzung zum Nationalsozialismus versucht: Er wollte „die krummen Hunde vor der Tür lassen“.⁵ Der Missmut weiter Bevölkerungsschichten über die etablierte Politik und die angespannte Wirtschaftslage sicherte den Rechtsextremisten ein beträchtliches Protestwählerpotential, das den Erfolg wesentlich trug. Voraussetzung für den steilen Aufstieg war eine schlagkräftige Organisationsstruktur, die sie von ihrer Vorgängerorganisation, der Deutschen Reichspartei (DRP), übernommen hatte. Phasenweise hatte sie gut 28.000 Mitglieder in ihren Reihen.

1969 scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent vergleichsweise knapp am Einzug in den Bundestag. Eine tiefe Resignation erfasste die erfolgsverwöhnte Organisation. Die Mitgliederzahlen brachen ein, die Wahlergebnisse ebenso. Heftige interne Streitigkeiten zerrissen die junge Partei. Sie versank in der politischen Bedeutungslosigkeit, in den siebziger, achtziger und bis weit in die neunziger Jahre hinein war sie nicht mehr als eine „bedeutungslose, rechtsradikale Sekte“.⁶

4 1966: Hessen (7,9 Prozent), Bayern (7,4 Prozent); 1967: Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent), Schleswig-Holstein (5,9 Prozent), Niedersachsen (7,0 Prozent), Bremen (8,8 Prozent); 1968: Baden-Württemberg (9,8 Prozent).

5 Zitiert nach: Adolf von Thadden, in: Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager, 1969, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Zweite Auflage, Frankfurt am Main, S. 26.

6 Horst Meier, 2003, In der Nachfolge der NSDAP? Das SRP-Verbotsurteil und das Verfahren gegen die NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/2003, S. 485-495, hier S. 485.

Bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 3. Oktober 1990 erreichte die NPD magere 0,3 Prozent. Ein Großteil der Führungsriege um den Tuttlinger Rechtsanwalt Martin Mußnug (1971 bis 1990) wollte sie daraufhin in ein neues Sammlungsprojekt, die Deutsche Allianz (DA), überführen. Die Basis beharrte indes auf ihrer Eigenständigkeit. Auf dem Bundesparteitag im Juni 1991 unterlag der DA-Befürworter Jürgen Schüttinger seinem Kontrahenten Günter Deckert, dem einstigen Vorsitzenden der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Der neu gewählte Bundesvorsitzende schlug einen anderen ideologischen Weg ein, er richtete die NPD sozialrevolutionär, ausländergefährlich und stark revisionistisch aus.⁷

Diese Radikalisierung machte die NPD attraktiver für das neonationalsozialistische Milieu. Die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, die Doppelmitgliedschaften in NPD und einer der zahlreichen neonationalsozialistischen Vereinigungen wie der Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei (FAP, 1995 verboten) oder der Nationalen Offensive (NO, 1992 verboten) als „partei-schädigend“ ausschlossen, wurden aufgeweicht, ohne abgeschafft zu werden. Neonazis und rechtsextremistische Skinheads galten als willkommene Verstärkung, wenn sie bereit waren, sich der Parteilinie unterzuordnen. Deckert legte die Grundsteine für die heutige NPD – was bisweilen übersehen wird.

3. Die „neue“ NPD unter Udo Voigt (1996 bis 2011)

3.1. Neues Personal und frischer Wind

Im Mai 1996 wählten die Delegierten des Bad Dürkheimer Parteitages mit Udo Voigt einen neuen Mann auf die Brücke des einstigen Flaggschiffs der extremistischen Rechten. Der ehemalige bayerische Landesvorsitzende setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 88 zu 83 Stimmen gegen

⁷ Vgl. Gerhard Hertel, 1997, Biographisches Porträt Günter Deckert, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden, S. 202-212.

Deckert durch, der damals eine Gefängnisstrafe verbüßte und deshalb nicht anwesend sein konnte.

Voigt ist kein großer Rhetoriker, dafür ein begnadeter Organisator und Stratege, der die NPD aus ihrem Dämmerzustand herauszureißen vermochte.⁸ Er begriff als einer der ersten, welche Möglichkeiten der Zusammenbruch der DDR für eine Partei wie die NPD bereithielt. Unmittelbar nach der Wende konnten die drei großen rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU und REP in den zukünftigen neuen Ländern nicht Fuß fassen. Das rechtsextremistische Milieu dort bestand aus Skinheads und Hooligans, die ihre nationalsozialistische Gesinnung als größtmögliche Provokation gegen das verhasste staatssozialistische System begriffen.⁹ Die als „Altherrenclubs“ wahrgenommenen „rechten“ Parteien der Bundesrepublik übten mit ihrer westlich geprägten Programmatik keine Anziehung auf die zumeist jugendlichen Aktivisten aus. Udo Voigt aber krepelte die NPD ideologisch um, an Stelle der „nationalen Frage“ trat die „soziale Frage“,¹⁰ womit er den Nerv ostdeutscher Rechtsextremisten traf.

3.2. Organisatorische Neustrukturierung

Nahezu die gesamte Infrastruktur verlegte die Parteiführung in die neuen Bundesländer. Die Bundesgeschäftsstelle wurde in einem Haus im Berliner Stadtteil Köpenick angesiedelt, das man erst mietete und später kaufte. Zur eigentlichen Operationsbasis erkoren die Strategen den Freistaat Sachsen, wo die NPD bei Wahlen schon Mitte der neunziger Jahre verhältnismäßig gute Ergebnisse vorweisen konnte. Der „Deutsche Stimme Verlag“ zog auf Betreiben Holger Apfels aus dem kleinen Dorf Sinning im oberbayerischen Kreis Neuburg an der Donau nach Riesa in eine alte Gewerbeimmobilie, die die Partei von einem Gesinnungsgenossen erwarb. Hier produzierte sie fortan nicht nur das Parteiorgan, die Deutsche Stimme

8 Vgl. Eckhard Jesse, 2007, Biographisches Portrait Udo Voigt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18, Baden-Baden, S. 207-219.

9 Vgl. Bernd Siegler, 1991, Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin.

10 Vgl. Richard Stöss, 2000, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. West-Ost-Unterschiede und Institutionentransfer seit der Deutschen Einheit, in: Deutschland Archiv, Nr. 2/2000, S. 181-193.

(DS), das nach eigenen Angaben in einer Höhe von 25.000 Exemplaren erscheint, sondern richtete auch ein Ladengeschäft sowie nach dem Einzug in den sächsischen Landtag 2004 ein Bürgerbüro ein. Diese Maßnahme erwies sich im Landtagswahlkampf als von unschätzbarem Wert. Die führenden Köpfe arbeiteten bei der DS und nahmen ihren Wohnsitz in Sachsen. Ihre lokale Verankerung stieg, ein regelmäßiges Gehalt ermöglichte ihnen, sich ganz der „nationalen Sache“ zu widmen. Materialien konnten hier gelagert werden, die Aktivisten hatten einen Fixpunkt, von dem aus sie zu ihrem Wahlkampftouren aufbrachen. Der spätere Bundesvorsitzende Apfel bestätigt: „[...] vieles, was im Freistaat gelaufen ist, wäre ohne Rückendeckung des Verlages in personeller, finanzieller und logistischer Natur nicht möglich gewesen“.¹¹

3.3. „Frisches Blut“ – Personelle Radikalisierung

Auf Voigts Veranlassung hin, wurden zügig die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ aufgehoben. Unerwartet leistete die Bundesrepublik Hilfe bei der Konsolidierung. Die massive Verbotschwelle gegen neonationalsozialistische Organisationen zu Beginn der neunziger Jahre, mit der der Staat auf die explodierende fremdenfeindliche Gewalt zu reagieren versuchte, trieb einen Teil der politisch heimatlos gewordenen Neonazis in die Arme der NPD.¹² Besonders junge, hochmotivierte Fanatiker strömten in die Partei. Gut 70 Prozent der Neumitglieder hatten beim Eintritt das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet.¹³ Als Brücke erleichterten die JN vielen Aktivisten diesen Schritt. Der neue politische Weg stieß nicht nur bei den Neonazis auf offene Ohren. Gezielt warb die Partei um die Subkultur der rechtsextremistischen Skinheads, sofern diese bereit seien, „als politische Soldaten zu denken und zu handeln“.¹⁴ Da Skinheads aber (in der Regel) für die Parteiarbeit zu undiszipliniert waren, legte die NPD-Führung großen Wert

11 Holger Apfel, Deutschlandradio Kultur, Länderreport vom 8. Mai 2006.

12 Vgl. Julia Gerlach, 2007, Auswirkungen der Verbote rechtsextremer Vereine auf die NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden, S. 233-260.

13 Vgl. Toralf Staud, 2007, Moderne Nazis: Die neue Rechte und der Aufstieg der NPD, Vierte Auflage, Köln, S. 49.

14 Zitiert nach: NPD-Parteivorstand, 1999, Das strategische Konzept der NPD, in: Holger Apfel (Hrsg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart, S. 356-360, hier S. 360.

darauf, nur verlässliche „Kameraden“ einzubinden. Nichtsdestoweniger profitierten beiden Seiten von einer lockeren Zusammenarbeit. Mit ihren musikalischen Parteiveranstaltungen erweckte die NPD eine gewisse Sympathie, die rechtsextremistischen Skinheads revanchierten sich durch hohe Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen der Partei.¹⁵

Die Einbindung neonationalsozialistischer Kader erfolgte weitgehend geräuschlos. Erst als das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2003 endgültig gescheitert war, warb sie offensiv um sie. In einem Interview mit der Jungen Freiheit bekannte der Parteivorsitzende Voigt Farbe: Die NPD wolle die neonationalsozialistische Strömung (ebenso wie die nationalliberale und die nationalkonservative) integrieren.¹⁶

Unter Udo Voigt änderte die NPD ihr Selbstverständnis und steigerte dadurch ihre Akzeptanz unter den Neonationalsozialisten: Weg von einer „rechten“ Wahlpartei hin zu einer Weltanschauungs- und Kampfpartei. Priorität habe der kontinuierliche Aufbau einer ernstzunehmenden politischen Kraft, Wahlerfolge seien zweitrangig.¹⁷ Die „Thielen/Thadden/Mußnug-NPD“ begriff sich als rechte Wahlalternative *im* System. Die „neue“ NPD schlüpft hingegen in die Rolle einer *gegen* das System gerichteten Speerspitze einer neuen sozialen Bewegung von rechts.¹⁸ In Abgrenzung zu den im NPD-Verständnis „systemangepassten“ DVU und REP setzt sie auf Fundamentalopposition und artikuliert ihren systemfeindlichen Charakter in schärferem Ton: „Wir Nationaldemokraten sehen uns als grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteiensystem [...]. Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen sie!“¹⁹

15 Vgl. Christian Menhorn, 2008, Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den deutschen Rechtsextremismus. Die Strategie von Neonationalsozialisten und NPD gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl, S. 247-263, hier S. 254f.

16 Vgl. „Ziel ist es, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“, in: Junge Freiheit vom 24. September 2004.

17 Vgl. Udo Voigt, 1999, Mit der NAPO auf dem Weg ins neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Rechtspartei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart, S. 469-475.

18 Vgl. Gudrun Heinrich, 2008, Die NPD als Bewegungsorganisation, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4/2008, S. 29-38.

3.4. Die NPD als ostdeutsche Regionalpartei

3.4.1. Mitgliederentwicklung

Die veränderte Programmatik, ihre Aktionsorientierung und die Öffnung der Partei für Anhänger neonationalsozialistischer Organisationen sorgten für einen Mitgliederschub. Innerhalb von gut zehn Jahren verdoppelte sich die Zahl ihrer Anhänger. 1996, als Voigt die NPD übernommen hatte, zählte sie 3.500 Mitglieder, 2006 waren es 7.000. Der Aufschwung verlief nicht stetig, während des Verbotsverfahrens brachen die Mitgliederzahlen auf 5.000 ein (2003). Seit dem stagnieren sie, in den letzten Jahren waren die Zahlen sogar rückläufig. 2009 wies die Statistik 6.800 NPD-Parteibücher aus, 2010 noch 6.600. Die jugendlichen Neuaktivisten bei der Stange zu halten, gelang nicht immer. Zudem konnten sich „traditionelle“ Nationaldemokraten nicht mit dem Kurs ihrer Führung anfreunden und verließen die Partei. Das Grunddilemma der NPD ist, dass sie zwei inhomogene Gruppen vereinigen muss, die beide einzeln nicht stark genug sind, um ihr ein Überleben zu sichern. Der Versuch, sich in einer der beiden Richtungen auszubreiten, führt zum Verlust von Anhängern der anderen Richtung. Die Personaldecke der NPD ist daher unverändert dünn. Sogar in ihren Hochburgen wird die Hauptarbeit von wenigen „Machern“ geleistet.

Ihr Milieu scheint ausgeschöpft, über ihren Sympathisantenkreis hinaus kann die NPD keine neuen Anhänger erschließen. Zurückzuführen ist dies auf ihre äußerst radikale Ausrichtung, die sie für nationalkonservative oder „gemäßigtere“ Aktivisten aus dem neu-rechten Spektrum zu keiner Alternative macht. Der im November 2011 gewählte neue Bundesvorsitzende Holger Apfel hat dieses erkannt und versucht, durch eine „bürgerlichere“ Ausrichtung gegenzusteuern.

Als erfolgreich bei der Rekrutierung neuer Mitglieder erwiesen sich die ostdeutschen Gliederungen. Die westlichen Landesverbände erzielten – wenn überhaupt – nur marginale Zuwächse. In der einstigen Hochburg Baden-Württemberg beispielsweise konnte die Spaltung von 1991, als in dem Landesverband zahlreiche Mitglieder nach der verlorenen Machtprobe im Zuge der gescheiterten Überführung in die „Deutschen Allianz“ der NPD den Rücken gekehrt hatten, nie überwunden werden. Durchbrach man 1991 noch die 1.000er-Marke (1.200), vereinte die ehemals bedeutende Gliederung unter Voigt nie mehr als 500 Rechtsextremisten unter ihrem Dach (2010: 460).²⁰ Der Landesverband Sachsen brachte es 1998 sogar auf 1.400 Mitglieder. Damals war die NPD nicht wählerisch, fast jedes Neumitglied war willkommen. Die Zugänge kamen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten und gehörten entweder der Skinhead-Subkultur an oder waren zuvor in neonationalsozialistischen Vereinigungen aktiv.²¹ Trotz einiger Wahlerfolge und einer flächendeckenden Organisationsstruktur sanken die Zahlen auf derzeit 800 Parteiaktivisten.

Außer der LINKEN (69 Prozent) weist keine der im Bundestag vertretenen Parteien einen so hohen Anteil ostdeutscher Mitglieder auf. 2007 wohnte mehr als jeder dritte Nationaldemokrat (37,5 Prozent) in den fünf neuen Bundesländern (ohne Berlin), bei der CDU waren es 8,7 Prozent, bei der SPD 4,2 Prozent, bei den Liberalen 12,4 Prozent und bei den Grünen 6,5 Prozent.²²

20 Alle Zahlen sind den aktuellen Berichten der Verfassungsschutzämter der Länder und des Bundes entnommen.

21 Vgl. Ralf Hübner, Zulauf der NPD in Sachsen „besorgniserregend“, in: Der Tagesspiegel vom 5. Juni 1998.

22 Alle Angaben (außer die der NPD) stammen aus: Oskar Niedermayer, 2009, Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2009. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 15, Berlin.

<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/ahosz15.pdf> (eingesehen am 13. Januar 2012)

NPD: eigene Berechnungen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden für alle Parteien die Zahlen aus 2007 herangezogen.

3.4.2. Jung, männlich, fanatisch – Die Basis der NPD

Nach wie vor ist der Rechtsextremismus ein von Männern dominiertes Phänomen.²³ In der Tat sind Frauen innerhalb der NPD unterrepräsentiert.²⁴ Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft beträgt rund 20 Prozent. Mit einem Durchschnittsalter von ungefähr 40 Jahren ist sie eine „junge“ Partei. Das jugendliche Gesicht der NPD zeigt ein Vergleich mit den Bundestagsparteien. Danach ist ein CDU-Mitglied durchschnittlich 56 Jahre, ein Mitglied der CSU 57 Jahre, ein Sozialdemokrat 58 Jahre und ein Liberaler 51 Jahre. Die Grünen verfügen mit durchschnittlich 46 Jahren über die jüngste Mitgliedschaft, die LINKE mit 62 Jahren über die älteste.²⁵ Soziodemographisch ist die NPD eine „Arbeiterpartei“. Rund 40 Prozent ihrer Anhänger können dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden. Am zweitstärksten, nämlich mit etwa einem Drittel, sind die Angestellten unter den NPD-Anhängern vertreten. Aufgrund der spezifischen Altersstruktur ist innerhalb des NPD-Mitgliederstamms die Quote an Schülern, Studierenden und Auszubildenden verhältnismäßig hoch. Überraschenderweise sind die Rechtsextremisten unter Selbstständigen relativ erfolgreich. 2004 – im Jahr ihres wichtigen Wahlerfolges in Sachsen – erhob eine Studie 13 Prozent. Diese besondere soziale Struktur war nicht unerheblich für den Aufstieg der NPD in Sachsen. Unternehmerisch tätige Personen weisen neben einer erhöhten Führungskompetenz eine hohe Anzahl an gesellschaftlichen Kontakten auf, die sie zur politischen Agitation nutzen können.²⁶

3.4.3. Organisatorisches Ungleichgewicht

Organisatorisch ist die NPD unterschiedlich aufgestellt. Den aktiven Landesverbänden Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern stehen solche gegenüber, die es innerhalb eines Jahres nicht einmal auf ein Dutzend politi-

23 Vgl. Birgit Rommelspacher, 2000, Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn, S. 199-219.

24 Alle Angaben beruhen auf eigenen Berechnungen. Hierzu wurden die Kommunalwahllisten der NPD in Sachsen (2008), Brandenburg (2008) und Schleswig-Holstein (2008) ausgewertet.

25 Vgl. Niedermayer 2009 (siehe Fußnote 22).

26 Vgl. Henrik Steglich, 2005, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen, S. 88-92.

sche Aktionen bringen – wie der baden-württembergische Verband.²⁷ Bundesweit unterhält sie 202 Kreisverbände (Stand 31. Dezember 2009).²⁸ Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind die einzigen Bundesländer mit einer flächendeckenden Kreisverbands-Präsenz. Schwach ist sie hingegen in den großen (westdeutschen) Bundesländern Baden-Württemberg und Niedersachsen, wo sie auf 14 (von 44) bzw. 13 (von 46 Verwaltungseinheiten) kreisweite Verbände kommt.

Unter Voigt entwickelte sich die NPD zu einer ostdeutschen Regionalpartei. Selbst die strukturell schwächeren ostdeutschen Landesverbände wie Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind den meisten westdeutschen hinsichtlich Mitgliederstärke, Anzahl der Aktivitäten, Wahlerfolge und in der öffentlichen Präsenz überlegen. Dabei ist die „Ost-Partei“ NPD ein „West-Produkt“. Ob Holger Apfel, Udo Pastörs, Peter Marx, Frank Schwerdt oder Karl Richter: Alle sind gebürtige Westdeutsche. Ihre gezielte Ansiedlung, zunächst in Sachsen, später dann in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt, haben den Aufstieg der NPD in den fünf neuen Bundesländern begünstigt. Damit haben die westdeutschen Landesverbände ihre aktivsten und fähigsten Köpfe verloren. Diesen Aderlass konnten sie nicht ausgleichen, was die Stagnation besiegelte.²⁹

3.4.4. Erfolge im Osten, Niederlagen im Westen: Die Wahlteilnahmen

Nicht nur das strukturelle Übergewicht und die hohe Zahl ostdeutsche Mitglieder lassen darauf schließen: Die NPD ist eine „Ost-Partei“. Auch bei ihren Wahlteilnahmen fährt sie in den neuen Bundesländern regelmäßig Resultate ein, die deutlich über denen im Westen liegen. Während in den alten Bundesländern selbst Achtungserfolge ausbleiben und meist eine Zu-

27 Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), 2009, Verfassungsschutzbericht 2008. Pressefassung, Stuttgart, S. 167.

28 In der Bundesrepublik Deutschland existierten zum Stichtag 31. Dezember 2009 301 Landkreise sowie 111 kreisfreie Städte.

29 Vgl. Thomas Grumke, 2005, Der „hysterische NPD-Tsunami“. Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 14, Berlin, S. 89-97.

stimmung von unter zwei Prozent der Wahlstimmen erreicht wird,³⁰ zog die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zwei Mal in Folge in die Landtage ein. Deshalb muss das Jahr 2004 als wichtige Wegmarke in der Entwicklung der „neuen“ NPD gelten. Damals schaffte sie erstmals nach 36 Jahren mit 9,2 Prozent der Stimmen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde eines deutschen Landesparlamentes. Neben den günstigen Gelegenheitsstrukturen, die sich in der bundesweiten Protestwelle gegen die Sozialstaatsreformen der rot-grünen Bundesregierung Bahn brachen, war das Angebot der NPD auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten: Sie griff den Protest auf, gab sich als Anti-Establishment-Kraft, und schwang sich zum Sprachrohr der Ostdeutschen gegen „die da oben“, gegen „Wessis“ und „Ausländer“ auf. Damit hatte sie einen bemerkenswerten Schwenk vollzogen, derart nachfrageorientiert mit professionellen Marketingtechniken war sie noch nie aufgetreten.³¹

Mit dieser Strategie fuhr sie zwei Jahre später in Mecklenburg-Vorpommern ebenso erfolgreich. 7,3 Prozent der Wählerstimmen bedeuteten eine zweite Fraktion. Doch es gibt einen großen Unterschied zu Sachsen: An der Ostsee spielte sie lange keine politische Rolle, die „Freien Kameradschaften“ dominierten – besonders in Vorpommern – die extremistische Rechte. Erst als diese unmittelbar vor dem Urnengang 2006 in die NPD strömten, erhöhte sich deren politische Schlagkraft.³² Nur in wenigen Landesverbänden ist die Verzahnung zwischen NPD und Neonazis so eng.³³

2009 und 2011 konnte die NPD ihre guten Ergebnisse in den beiden Bundesländern mehr oder weniger bestätigen, wenngleich sie Federn lassen musste. In Sachsen verlor sie 3,6 Prozentpunkte und damit mehr als alle

30 Ausnahme: Bei den Landtagswahlen im Saarland 2004 entfielen 4,0 Prozent auf die NPD.

31 Vgl. Lazaros Miliopoulos, 2007, Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden, S. 121-141, hier S. 136f.

32 Gudrun Heinrich/Arne Lehmann, 2006, Zwischen Provokation und Systemfeindschaft – die NPD, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock, S. 67-77, hier S. 74.

33 Vgl. Gunther Latsch/Irina Repke/Steffen Winter, „Volksfront von rechts“, in: DER SPIEGEL, Nr. 39/2006, S. 42-43.

anderen Parteien, in Mecklenburg-Vorpommern 1,2 Prozentpunkte. Vor allem Protestwähler gingen von der Fahne, ihre Kernklientel hingegen hat sie gebunden und mobilisiert.³⁴

Die Zustimmung in den anderen ostdeutschen Bundesländern liegt ebenfalls weit höher als im Westen. Zwei Mal scheiterte die NPD knapp an einem Landtagseinzug: 2009 in Thüringen mit 4,3 Prozent und 2011 in Sachsen-Anhalt mit 4,6 Prozent. In Sachsen-Anhalt machte sie sich selbst einen Strich durch die Rechnung: Ihr Spitzenkandidat, der Landesvorsitzende Matthias Heyder, hatte unter dem Pseudonym „Junker Jörg“ in einem rechtsextremistischen Internetforum offenbar Anleitungen zum Bombenbau verbreitet und zur Schändung linker Frauen aufgerufen,³⁵ was kurz vor dem Wahltag publik wurde. In Umfragen war die Sperrklausel zuvor in greifbarer Nähe, der Skandal hielt einige Wähler von der Stimmabgabe ab. In Brandenburg schaffte sie 2006 aus dem Stand 2,6 Prozent, und überholte damit die DVU (1,2 Prozent), die dem Parlament in Potsdam seit 1999 angehört hatte.

Derzeit hält die NPD bundesweit ungefähr 350 kommunale Mandate. Ein Vergleich mit der NPD vor der Zeit Udo Voigts zeigt auch hier einen spürbaren Aufwärtstrend. Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre kam sie bundesweit nur auf 40 Mandate.³⁶ Die gestiegene Anzahl ist aber vor allem auf die Aufhebung der Drei- bzw. die Fünf-Prozent-Hürde durch das Bundesverfassungsgericht im Februar 2008 zurückzuführen.

In einigen ostdeutschen Kommunen hat die NPD eine beachtliche kommunale Verankerung erreicht. Sie tritt meist „bürgerlich“ auf; harte, rechts-extremistische Themen spielen in der politischen Auseinandersetzung nur

34 Vgl. Gudrun Heinrich, 2011, Kernwählerschaft mobilisiert – Die NPD, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock, S. 77-89.

35 Vgl. Oliver Cruzcampo, Ermittlungen gegen Matthias Heyder aufgenommen, unter: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6017:heyder&Itemid=387 (eingesehen am 23. Dezember 2011). Das Verfahren wurde Mitte Dezember 2011 aus Mangel an Beweisen eingestellt.

36 Vgl. Katharina Beier/Jenny Bogitzky/Hubertus Buchstein/Katharina Feike/Benjamin Fischer/Pierre Freyber/Mathias Strüwing/Tim Wiedemann, 2006, Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald, S. 24.

eine untergeordnete Rolle. Mit eigenen Freizeitangeboten und Funktionären, die hier nicht am gesellschaftlichen Rand stehen, ist es ihr gelungen, die Menschen für sich zu gewinnen. Gleichwohl, vom „Marsch in die Mitte der Gesellschaft“ ist sie noch weit entfernt.

Ihre Anhänger und Sympathisanten rekrutieren sich vor allem aus den unteren gesellschaftlichen Schichten. Deutschlandweit sind „NPD-Hochburgen“ die absolute Ausnahme, nicht die Regel. An gesellschaftlich wichtige „soziale Relais“ wie die politischen und wirtschaftlichen Eliten, die Kirchen, Gewerkschaften oder Verbände konnte sie zu keiner Zeit andocken.

Die Wähler der rechtsextremistischen Partei sind jung und männlich. Die NPD avancierte 2004 in Sachsen mit 21 Prozent der Jungwählerstimmen zur zweistärksten Kraft hinter der CDU (29 Prozent).³⁷ Demgegenüber beißt sie bei Frauen, besonders bei älteren, auf Granit. Ihre Propaganda verfängt stark bei Menschen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau. Schwerpunkte sind daher Arbeiter und Arbeitslose. Ungefähr jeder Zehnte NPD-Anhänger ist arbeitslos, mehr als bei jeder anderen Partei.³⁸ Überdurchschnittlich erfolgreich ist sie in der Gruppe der „Konfessionslosen“. Kirchenmitglieder wählen seltener die NPD.

3.4.5. Die „Kümmerer-Partei“

Tatsächlich verfängt das „Kümmerer“-Image der NPD bei den Menschen. Überall, wo Personen aus der gesellschaftlichen Mitte für sie in den politischen Ring steigen, ist die NPD überdurchschnittlich erfolgreich. Das beste und bekannteste Beispiel hierfür ist die „Sächsische Schweiz“, wo ein Arzt oder der mittlerweile verstorbene Fahrlehrer Uwe Leichsenring, die Partei als gesellschaftlich gefestigte Kraft etablieren konnten. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern lässt sich dieser Zusammenhang beobachten. In ei-

37 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), 2004, Wahlreport. Sachsen hat gewählt. Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004, Berlin, S. 49.

38 Vgl. Ebenda, S. 76.

ner Umfrage anlässlich der Landtagswahlen 2011 vertrat jeder Zehnte die Meinung: „Die NPD kümmere sich ernsthaft um die Probleme vor Ort“.³⁹ Unter ihren eigenen Anhängern ist die Zustimmung zu diesem Statement noch weit größer: Fast 90 Prozent der NPD-Wählerinnen und Wähler bejahten diese Aussage.⁴⁰

Vorraussetzung dafür, dass die NPD überhaupt als „Kümmerer“ in Erscheinung treten kann, ist ein gesellschaftliches Vakuum. Die NPD beisst sich dort fest, wo die demokratischen Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften oder andere Vereine die Menschen nur noch schlecht erreichen. Deshalb zeigt sich die Partei auch in den Regionen Ostvorpommern besonders aktiv. Ihr Angebot bedient die vorhandene Nachfrage. Mit Kinderfesten, Fußballturnieren oder kostenlosen Nachhilfestunden nimmt sie die Bevölkerung für sich ein. Ihre „Macher“ sprechen Themen an, die den Menschen am Herzen liegen. Einige Probleme, wie die höhere Kriminalitätsrate in den Grenzregionen zu Polen oder Tschechien, bedienen die demokratischen Parteien nicht. Die Menschen beschäftigt die Ausblutung ihrer Regionen sehr. Im Landtag von Schwerin greift die NPD oft die Abwanderungsproblematik auf und fordert sogar ein eigenes Programm „Wir kommen zurück – wir packen an“.⁴¹ Es verwundert nicht, dass der rechts-extremistischen Partei hier besondere Kompetenzen zugeschrieben werden. 60 Prozent ihrer Wähler gaben an, die NPD sei in der Lage die Abwanderung und den Niedergang ihres Bundeslandes zu stoppen.⁴²

Die NPD wird in diesen Regionen nicht als systemoppositionelle Kraft wahrgenommen, sondern vielmehr als „normale“ Partei. Für jeden Fünften ist sie „eine Partei wie alle anderen“.⁴³ Die Parteistrategen haben sich selbst eine gewisse ideologische Zurückhaltung auferlegt, um nicht mit der

39 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), 2011, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Eine Analyse der Wahl vom 4. September 2011, Berlin, S. 30.

40 Vgl. Tagesschau.de, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern: NPD wieder im Landtag, unter: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-09-04-LT-DE-MV/umfrage-npd.shtml> (aufgerufen am 19. Januar 2012).

41 Vgl. Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache Nr. 5/4327.

42 Vgl. Tagesschau.de, Landtagswahl (siehe Fußnote 40).

43 Vgl. Infratest dimap 2011, S. 20 (siehe Fußnote 39).

Tür ins Haus zu fallen. Lokalpolitische Themen stehen im Vordergrund, ihre antidemokratischen Ansichten verbirgt sie hinter einer bürgerlichen Fassade. Der ehemalige Bundesvorsitzende Voigt riet seiner Partei: „Ich muss also immer erst durch meine Person und meine Argumentation überzeugen und dann als Aha-Erlebnis die Katze aus dem Sack lassen und mich zur NPD bekennen.“⁴⁴ Gleichwohl ist die Umsetzung dieser „Verbürgerlichungsstrategie“ auf wenige Schwerpunktregionen begrenzt, denn die Personaldecke der Rechtsextremisten ist zu dünn, um damit in Ost und West erfolgreich zu fahren.

4. Ideologisch-strategische Neuausrichtung

4.1. Programmatische Radikalisierung

Wer die „alte“ NPD mit der „neuen“ vergleicht, stellt in ihrer Programmatik grundlegende Unterschiede fest. Vor 1996 war sie darauf bedacht, nach außen den Schein einer auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Partei aufrechtzuerhalten, heute verzichtet sie auf Mimikry. In ihren Parteiprogrammen formuliert sie ihre Anliegen dennoch behutsam. Das aktuelle „Bamberger Programm“ (2010) ist keine Ausnahme; es ist ausführlicher als sein Vorgänger von 1996, hat aber die gleiche Stoßrichtung. In internen Schulungsmaterialien und in der Deutschen Stimme wird aber Tacheles geredet. Die NPD ist eine Anti-Systempartei, sie möchte die Bundesrepublik „abwickeln“. Der Kitt der Systemfeindschaft hält die unterschiedlichen Parteiströmungen zusammen, nur über den richtigen Kurs herrscht Uneinigkeit: Während die einen einem bürgerlichen Auftreten und einer programmatischen Mäßigung ohne offensichtlichen Bezug zum historischen Nationalsozialismus den Vorzug geben, setzen andere auf Revolutionrhetorik und Umsturzphantasien.

44 Udo Voigt, zitiert nach: Deutsche Stimme, Nr. 8/2003.

4.2. Die „Volksgemeinschaft“ als Ideologiefundament

Das Grundgerüst der NPD-Weltanschauung ist die Ideologie der Volksgemeinschaft. Diese sei Ausdruck des biologisch determinierten „lebensrichtigen Menschenbildes“. Das Volk wird ethnisch als Gemeinschaft der Deutschen und nicht in einem politischen Sinn als Gesellschaft der Bürger verstanden.⁴⁵ Hier schlägt Rassismus in seiner reinsten Form durch, die biologische Abstammung bestimmt die Zugehörigkeit zu einem Volk. In ihrer Argumentationshilfe schreiben die Rechtsextremisten: „Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde.“ Weiter heißt es: „Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung eines bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind.“⁴⁶

Das Ziel der Partei ist die Schaffung eines ethnisch homogenen Deutschlands, hier lebende Ausländer sollen in ihre Heimatländer „zurückgeführt“ werden, wie es im NPD-Jargon heißt. In ihrem „Fünf-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung“, behauptete sie, davon würden „Ausländer“ und „Deutsche“ gleichermaßen profitieren. Tatsächlich entwirft sie ein Vertreibungsprogramm gigantischen Ausmaßes, das keinesfalls ohne den Einsatz von Zwangsmaßnahmen umzusetzen wäre.⁴⁷ Ein fremdenfeindliches Gesicht kann man nicht offener zeigen.

In der Wahl ihrer Mittel ist die NPD also nicht zimperlich. Trotzdem lehnt sie Gewalt (noch) ab, um nicht an Wählerzuspruch zu verlieren. Unverhohlen droht sie den heutigen demokratischen Eliten nach ihrer Machtübernahme Konsequenzen an: „Die NPD ist nicht nur der Garant für eine

45 Vgl. Pfahl-Traughber 2008, S. 37 (siehe Fußnote 15).

46 NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2006, Argumente für Kandidaten und Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Zweite Auflage, Berlin, S. 12.

47 Vgl. Steffen Kailitz, 2007, Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, in: Politische Studien, Themenheft, Nr. 1/2007, S. 44-53.

neue Ordnung, sondern wird auch die zur Rechenschaft ziehen, die sich am Wohl des Volkes vergangen haben.“⁴⁸

4.3. „Nationaler Sozialismus“ – Auf den Spuren der NSDAP

Die heutige NPD vertritt ein antikapitalistisches Weltbild, das sich sozialrevolutionär äußert. Ihren „Nationalen Sozialismus“ unterscheidet sie vom herkömmlichen Sozialismusbegriff der Linken. Den Klassenkampf möchte sie auf der Straße ausfechten, zahlreiche Demonstrationen mit entsprechendem Motto („Arbeit durch Systemwechsel – Nationaler Sozialismus schafft Arbeit“) oder die regelmäßigen Aufmärsche am 1. Mai zeugen davon. Sie konstruiert einen direkten Zusammenhang zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit. Deutschland könne nur Sozialstaat oder Einwanderungsland sein.⁴⁹ Diese programmatische Kurskorrektur bedeutet mithin den größten Bruch mit der eigenen Vergangenheit. Für den Rechts extremismus der Nachkriegszeit hatten sozialpolitische Themen eine randständige Bedeutung. Nicht so bei der NSDAP. Bewusst greift die NPD auf NS-Termini („Zinsknechtschaft“) zurück. Wer die Programmatik der NSDAP der 1920er Jahre mit der der heutigen NPD vergleicht, stellt auffallend viele Übereinstimmungen fest.⁵⁰

„Soziale“ Themen sind in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs dankbare Wahlkampfmunition. Mit ihren Abschottungsparolen bedient die Partei die Schutzbedürfnisse der Bevölkerung, sie dient dem „kleinen Mann“ als Sprachrohr. Parteistrategen wie Jürgen Gansel fordern daher die „Nationalisierung“ der sozialen Frage: „Adolf Hitler und der historische Nationalsozialismus sind nun halt einmal Vergangenheit und nichts als Vergangenheit, Verausländerung, Hartz IV, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung aber bittere Gegenwart.“⁵¹

48 Zitiert nach: Deutsche Stimme, Nr. 9/1996, S. 2

49 Vgl. Kailitz 2007, S. 49 (siehe Fußnote 41).

50 Vgl. Pfahl-Traughber 2008, S. 41 (siehe Fußnote 15).

51 Jürgen Gansel, zitiert nach: Deutsche Stimme Nr. 11/2005, S. 16.

Ganz so einfach wie von Gansel gefordert, löst sich die Partei nicht von der deutschen Vergangenheit. Denn trotz aller anderslautenden Bekundungen und den Versuchen einer gemäßigteren Außendarstellung, bleibt die NS-Weltanschauung ein identitätsstiftendes Merkmal. In der an Verschwörungstheorien reichen NPD-Ideologie sind positive Aspekte rar gesät. Zu den wenigen gehört eine positive Bezugnahme auf die Wehrmacht oder bestimmte Führungsfiguren des Nationalsozialismus, die teilweise eine geradezu religiöse Verehrung erfahren. Im Gedenken an den „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Hess, dessen „Unbeugsamkeit“ besondere Bewunderung widerfährt, marschieren hunderte Neonazis durch die Straßen. Udo Pastörs, Vorsitzender der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, stilisiert den verurteilten Kriegsverbrecher zu einem bewundernswerten Idealisten, vergleichbar mit dem indischen Anführer der gewaltfreien Autonomiebewegung gegen die britische Kolonialmacht, Mahatma Gandhi.⁵² Im offiziellen Parteiprogramm fehlt zwar ein eindeutiges Bekenntnis zum Dritten Reich – wo es nötig ist, wahrt die NPD aus taktischen Gründen Distanz – die Relativierung des Nationalsozialismus zieht sich dessen ungeachtet wie ein roter Faden durch ihre Historie. Seit der Einstellung des Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht lassen führende Kader ihre Zurückhaltung zunehmend fallen.⁵³ Die nationalsozialistische Terrorherrschaft verteidigt die Partei nicht in toto – es werden vielmehr vermeintliche „Erfolge“ wie die „Überwindung des zersetzenden Klassenkampfes“ herausgegriffen. Die Verbrechen des NS-Regimes werden beschönigt, herunter gerechnet, geleugnet. Hitlers Angriffskrieg wird zur Selbstverteidigungsmaßnahme umgedeutet. Die NPD versucht, das Geschichtsbild über den Nationalsozialismus zu Gunsten einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtung zu korrigieren. Schnell wird der Nationalsozialismus zu einem „einzigartigen Lebensentwurf“, der 1945 vor einem „Pseudotribunal“ (gemeint sind die Nürnberger Prozesse) vom

52 Vgl. Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), 2009, Verfassungsschutzbericht 2008, Magdeburg, S. 64.

53 Vgl. Christoph Kopke, 2008, Steht die NPD in der Tradition der NSDAP?, in: Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokarten dagegen tun können, Schwalbach/Ts., S. 36-38, hier S. 38.

„Bolschewismus und von den liberalistischen USA unterjocht und abgeurteilt“ wurde.⁵⁴

Die Globalisierung wird zum KampftHEMA der NPD, was auf ihrer antikapitalistischen Grundhaltung beruht. Die mit der Globalisierung einhergehenden weltweiten ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen bieten gute Anknüpfungspunkte für die rechtsextremistische Ideologie. Sie möchte den Globalisierungsprozess nicht gestalten, sondern lehnt vielmehr die Interdependenz der Staaten generell ab. Die NPD wertet die Globalisierung als Angriff auf die „Volkssubstanz“.⁵⁵

Die Absage an die Globalisierung speist sich aus zwei Quellen, die miteinander zusammenhängen: In den USA glaubt die NPD all das zu erkennen, was sie verachtet: Ein klassisches Einwanderungsland ohne Staatsvolk im Sinne der „Volksgemeinschafts-Ideologie“ und einen Hort des Kapitalismus. Ihr Anti-Amerikanismus kommt nicht plump daher, er ist vielmehr die prinzipielle Ablehnung des liberalen Demokratiemodells westlicher Prägung.

In der NPD-Vorstellung sind die „Amerikaner“ bzw. die amerikanische Regierung Marionetten ihrer zweiten – neben den „Ausländern – wichtigen Feindprojektion: Den „Juden“. Offene antisemitische Anfeindungen vermeidet sie in Kenntnis der deutschen Strafgesetzgebung. Dafür greift sie auf bestimmte Chiffren zurück, die jeder Rechtsextremist verstehen kann: „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des *Großen Geldes*. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der *Ostküste* der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblümete Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life – besser: American Way of Death – auf-

54 Udo Voigt in einer Demonstrationsrede am 14. Oktober 2006 in Nürnberg, in: Schleswig-Holsteinischer Landtag, 2007, Verfassungsschutzbericht 2006, Drucksache Nr. 16/1358, S. 22.

zuzwingen.“⁵⁶ Die NPD suggeriert, die sozialen Verwerfungen in Deutschland seien eine direkte Folge der Globalisierung und somit Teil der „jüdischen Weltverschwörung“.⁵⁷

Die „Juden“ gelten als Wurzel allen Übels. Sie folgen angeblich einem ausgeklügelten Masterplan zur Unterdrückung aller „freiheitsliebenden“ Völker, vor allem zur Manipulation und letztendlich zur Vernichtung des deutschen Volkes. Dazu schreibt die Deutsche Stimme: „Das, was zu Beginn des Weltkrieges die beiden US-Liberalen Morgenthau und Kaufman, beide Volksgenossen von Ignatz Bubis, mit Deutschland nach dessen Niederwerfung vorhatten, nämlich die Liquidierung des deutschen Volkes durch Massenverschleppung, Aushungern, Ausmordung und Sterilisation der verbliebenen Männer und Masseneinwanderung raumfremder Ausländer mit dem Ziel der »Durchrassung« des deutschen Restvolkes, wird heute im Zeitalter der »Menschenrechte« von interessierter Seite mit etwas »humane-ren« Mitteln umgesetzt.“⁵⁸

4.4. Die „Vier-Säulen-Strategie“

Ende der neunziger Jahre brauchte es mehr, als eine ideologische Kehrtwende, sollte der Ausbruch aus der politischen Bedeutungslosigkeit gelingen. Die NPD musste eine politische Nische finden, um überleben zu können. Zwischen den gemäßigteren, aber ungleich erfolgreicherem „rechten“ Wahlparteien REP und DVU sowie den nichtorganisierten Neonazis war die Luft dünn geworden. Auf dem Parteitag in Stavenhagen verabschiedete die Partei 1998 ein Papier, das deutlich die Handschrift Udo Voigts trägt, und das den zukünftigen Weg der NPD prägen sollte. Mit der neuen Strategie der „Drei Säulen“ trug die NPD-Führung einer veränderten Partei Rechnung. Fortan sollten für die mittelfristige politische Auseinandersetzung drei strategische Agitationsfelder nebeneinander stehen: Der „Kampf um die Straße“, der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Parla-

55 Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.), 2004, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin, S. 66.

56 Zitiert nach: Ebenda, S. 19.

57 Vgl. Ebenda, S. 16.

58 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 1/1999, S. 2.

mente“.⁵⁹ Die vierte Säule, der „Kampf um den organisierten Willen“, nahm die Partei später in ihren Aktionsplan auf.

4.4.1. „Der Kampf um die Straße“

Das Konzept basierte auf der Überlegung, dass eine weitgehend isolierte Partei wie die NPD, die „kaum finanzielle Förderer hat und allein auf die Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen ist“, eine „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße“ erreichen könne.⁶⁰ In der Tat stellten sich in den nächsten Jahren kleinere Erfolge ein, die Partei gewann ihre Mobilisierungsfähigkeit zurück. Die Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ bot einen willkommenen Anlass. 1997 marschierten auf einer von NPD und JN organisierten Kundgebung in München rund 4.000 alte und junge Rechtsextremisten – bei gerade einmal 4.300 Mitgliedern – gegen die „volksverhetzende, antideutsche Schandausstellung“. Während die Wirkung solcher Demonstrationen nach außen begrenzt ist, erfüllen die Gemeinschaftserlebnisse nach innen wichtige Funktionen: Die „Szene“ wird zusammengeschweißt und politisiert, es werden Kontakte oder Netzwerke geknüpft, neue Führungskräfte werden geformt. Zugleich stellt die „Bewegung“ ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis, was unter den Anhängern Motivationsschübe auslöst.⁶¹

4.4.2. „Der Kampf um die Parlamente“

Die bereits 1998 beschlossene Strategie „Kampf um die Parlamente“ rückt seit 2004 stärker in den Fokus der Partei. Durch den „Kampf um die Straße“ soll eine dauerhafte Etablierung in den Parlamenten vorbereitet werden.⁶² Auch banale Gründe sprachen für eine Kräfteänderung im Strategiegefüge: Für die Bürger seien nur die politischen Gruppierungen glaub-

59 Vgl. NPD-Parteivorstand, 1999, Das strategische Konzept der NPD, in: Holger Apfel, (Hrsg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart, S. 356-360.

60 Vgl. Ebenda, S. 360.

61 Vgl. Fabian Virchow, 2006, Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, S. 68-101, hier S. 82-88.

62 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 6/2000, S. 2.

würdig, die an Wahlen teilnahmen. Außerdem sei die NPD gezwungen, diesen Weg zu gehen, wolle sie weiter in den Genuss des Parteienprivilegs kommen. Ohne Wahlteilnahmen würde die Partei den „Bezug zum Volk verlieren“ sowie zum „Sektendasein verkümmern“, erklärte der Bundesvorsitzende in der Deutschen Stimme. Und schließlich gibt er zu, erfolgreiche Kandidaturen spülten dringend benötigtes Geld in die klammen Kassen.⁶³ Über den Umweg kommunaler Wahlen möchte die NPD den Sprung in die Landesparlamente und später den Bundestag vorbereiten, sie seien „das Fundament der politischen Arbeit“ und damit ein wichtiger Baustein des Konzepts. Kommunale Mandatsträger verliehen der Partei ein Gesicht; durch die persönliche Wähleransprache zeige die NPD, dass sie mehr sei als eine „Briefkastenpartei“.⁶⁴

4.4.3. „Der Kampf um die Köpfe“

Mit dem „Kampf um die Köpfe“ schließt sich die ursprüngliche NPD-Strategie. Die Parteiführung greift für dieses ambitionierte Projekt auf die Theorien des italienischen Kommunistenführers Antonio Gramsci (1891-1937) zurück: Durch die Erlangung der gesellschaftlichen Hegemonie solle die Wertebasis der bürgerliche Gesellschaft untergraben werden.⁶⁵ Deshalb solle nicht nur die Programmatik weiterentwickelt und „Köpfe“ über das eigene Milieu hinaus gewonnen werden, sondern die Deutschen vom „Denken der Alliierten“ befreit werden.⁶⁶ Diese „völkische Graswurzelrevolution“⁶⁷ zielt darauf ab, ausgehend von einer lokalen Verankerung in den Kommunen Ostdeutschlands, in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Zugleich bemüht sich die NPD-Führungsetage um eine Intellektualisierung der Partei.

63 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 4/2004, S. 2.

64 Vgl. Voigt 1999, S. 470 (siehe Fußnote 17).

65 Vgl. Rudolf van Hüllen, 2008, Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte, St. Augustin/Berlin, S. 34.

66 Vgl. Marc Brandstetter, 2006, Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 1029-1031, hier S. 1030.

67 Jürgen Gansel, Pressemitteilung des NPD-Landesverband Sachsen vom 21. September 2006: „Die nationale Achse Dresden – Berlin – Schwerin“.

Die sächsische Fraktion rief im April 2005 das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität“ ins Leben. Ihm fällt die Aufgabe zu, das Gedankengut der „Dresdner Schule“, die sich als intellektueller Gegenentwurf zur sogenannten „Frankfurter Schule“ um die Philosophen Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse versteht, zu verbreiten. Mit der sogenannten „Wortergreifungsstrategie“ findet der „Kampf um die Köpfe“ seine Fortsetzung. Die Parteiführung fordert geschulte Kader auf, Veranstaltungen des politischen Gegners zu besuchen, um diesen verbal zu attackieren, zu provozieren und möglichst bloßzustellen.⁶⁸ Die entsprechenden Versuche scheitern oft, was nicht zuletzt dem Mangel an qualifiziertem Personal geschuldet ist. In der Breite ist die „Wortergreifungsstrategie“ nach wie vor „mehr Fiktion als Faktum“.⁶⁹ Die Anstrengungen sind weitgehend in den Kinderschuhen steckengeblieben, nachhaltige intellektuelle Impulse sind davon nicht ausgegangen – offenbar, weil das Interesse der Basis am „geistigen Kampf“ gegen die Bundesrepublik gering ist.

4.4.4. „Der Kampf um den organisierten Willen“

Im Vorfeld zweier Landtagswahlen 2004 schlossen die beiden Vorstände von DVU und NPD eine Kooperation: Nur jeweils eine Partei sollte antreten und gleichzeitig sollten ihre Mitglieder den neuen Partner unterstützen. Diese Absprache war erfolgreich, ohne nationale Konkurrenz glückte der DVU in Brandenburg und der NPD in Sachsen der Sprung auf die Parlamentsbänke. Euphorisiert erweiterten die beiden Parteichefs, Gerhard Frey und Udo Voigt, die Vereinbarung auf die nachfolgenden Urnengänge und riefen den großspurig betitelten „Deutschland-Pakt“ aus. Damit sich der Pakt in der „Drei-Säulen-Strategie“ der NPD einfügen ließ, erfand Voigt die sperrige Umschreibung „Kampf um den organisierten Willen“. Diese, nun vierte Säule der NPD-Strategie, bezieht nicht nur die DVU, sondern auch die neonationalsozialistischen „Freien Kameradschaften“ ein. Gerne hätten NPD und DVU in ihre Wahlabsprache die Republikaner, die Deutsche So-

68 Vgl. Brandstetter 2006, S. 1030 (sich Fußnote 60).

69 Zitiert nach: Eckhard Jesse, 2008, Die Vier-Säulen-Strategie der NPD. Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus- und Terrorismusforschung, Brühl, S. 178-192, hier S. 188.

ziale Union (DSU) und die Deutsche Partei (DP) integriert, bis auf letztere erhielten sie nur schroff formulierte Absagen. Schon bei der Proklamation war der Pakt, trotz seiner anfänglichen Erfolge, nicht unumstritten. Zu weit lagen DVU und NPD in zentralen ideologischen Fragen auseinander. Hinter vorgehaltener Hand sprachen NPD-Funktionäre von einer „Zweckgemeinschaft, nicht von einer Liebesheirat“. Der „Deutschland-Pakt“ war weniger Ausdruck einer ernsthaften Bündnispolitik, sondern das Resultat strategischer Notwendigkeiten.

Da in der Folge Wahlerfolge ausblieben und sich das Siechtum der DVU fortsetzte, erstarkten an der NPD-Basis die skeptischen Stimmen. Eine erste Aufweichung erfolgte 2009 in Thüringen, wo nach zähen Verhandlungen der NPD-Landesverband an Stelle der vorgesehenen DVU kandidierte. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament versagte die DVU, bei der mit Andreas Molau mittlerweile ein gescheiterter NPD-Modernisierer angeheuert hatte, mit ihrem neuen Konzept einer rechtspopulistischen ausgerichteten Partei: Nur 0,4 Prozent der Wähler gaben ihr die Stimme. Die NPD-Führung ergriff die Gelegenheit und versetzte der angeschlagenen einstigen Bündnis-Partnerin den Dolchstoß. Der „Pakt“ wurde aufgekündigt, zur Landtagswahl in Brandenburg trat man selbst an. Es folgte eine heftige Schlammschlacht, an deren Ende eine überraschende Erkenntnis stand: Ein Rückfall in das überwunden geglaubte Stadium der Parteienzersplitterung minderte die eigenen Chancen.

Eine Fusion sollte NPD und DVU aus „dem Tal der Tränen“ herausführen. Die weitreichenden Pläne scheiterten aber am Dilettantismus der Parteivorstände.⁷⁰ Entgegen aller Verlautbarungen ist es (oder wird es) keine Vereinigung auf Augenhöhe, die NPD schluckt die Restbestände der DVU. Da einige DVU-Landesverbände ihr Aufgehen in der NPD verhindern woll-

70 Vgl. Ines Wallrodt, 2011, Rechtsradikal im Abwärtssog, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/2011, S. 20-23.

ten, klagten sie gegen den Fusionsvertrag.⁷¹ Bis heute ist die „einer nationalen Proklamation größten Ausmaßes gleichkommende“ Vereinigung nicht in trockenen Tüchern. Das Landgericht München stimmte der Eröffnung eines „Hauptsachenverfahrens“ zu,⁷² damit hat Justitia das letzte Wort bei dem geplanten Zusammenschluss. Egal, wie die Entscheidung ausfallen wird, die Vereinigung von NPD und DVU ist keinesfalls der beabsichtigte große Wurf und bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Ihre Basis wurde nicht verbreitert, die finanzielle Situation nicht entspannt und ehemalige führende DVU-Funktionäre sind im aktuellen NPD-Parteivorstand (bis auf Matthias Faust) nicht mehr vertreten. Auch bei zukünftigen Wahlkandidaturen wird die NPD aufgrund der Schwäche der DVU nicht mit nachhaltigen Stimmengewinnen rechnen können.

Auf der anderen Seite des rechtsextremistischen Spektrums versuchte die NPD, die „Freien Kameradschaften“ einzubinden. Unmittelbar vor der sächsischen Landtagswahl 2004 traten mit Thomas „Steiner“ Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff drei führende Neonazis der NPD bei. Bei der Namensfindung bediente man sich freimütig – wieder einmal – bei der Linken, und nannte das neue Bündnis „Volksfront von rechts“. Von der Allianz versuchten beide Strömungen zu profitieren: Die Neonazis hofften auf ein legales Dach für ihre Agitation, der NPD auf Stärkung der dünnen Personaldecke. Geschickt hatte die Parteispitze ihre Basis auf eine weitere personelle Radikalisierung vorbereitet, in der Deutschen Stimme exploidierten im ersten Halbjahr 2004 die Artikel mit neonationalsozialistischer Stoßrichtung.⁷³ Für den deutschen Neonationalsozialismus avancierte die NPD nun vollständig zur attraktivsten Partei. Eine Trennung der beiden Flügel der rechtsextremistischen Bewegung kann heute nicht aufrechter-

71 Vgl. Lars Normann, 2011, Vorstandswechsel, Fusion und Ende der „Phantompartei“ DVU, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 23, Baden-Baden, S. 165-184, hier S. 180-184.

72 Vgl. Beschluss des Landgerichtes München I vom 27. Mai 2011 bzw. vom 30. Mai 2011, Aktenzeichen 20 O 11096/11.

73 Vgl. Walter Jung, 2008, Neonazismus in der Deutschen Stimme: Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung, in: Armin Pfahl-Traughber, (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl, S. 193-246, hier S. 210.

halten werden, zu eng sind die Verflechtungen zwischen NPD und Neonazis in einigen Bundesländern.

Bald setzte jedoch Ernüchterung ein. Ein Ansturm auf NPD-Parteibücher war nicht zu verzeichnen. „Gemäßigtere“ Funktionäre machten sich Sorgen um das Parteiimage. Die Radikalität einiger Neumitglieder gefährdete die bürgerliche Außendarstellung und damit eventuelle Wahlerfolge. Demgegenüber mahnten parteifreie Aktivisten mangelnde Unterstützung an. Harsche Kritik musste sich die NPD-Spitze für den „Deutschland-Pakt“ mit der betulichen DVU gefallen lassen. Eine Kooperation mit dem Geschäftsmacher Frey passe nicht in das antikapitalistische Weltbild von NPD und „Freien Kameradschaften“.⁷⁴ Die Auseinandersetzung um die sogenannten Autonomen Nationalisten (AN) sorgte ebenfalls für Zündstoff. Während sich die NPD-Führung von dem am linken Habitus und Kleidung angelegten Arm der „Freien Kameradschaften“ distanzierte, suchten naturgemäß Teile von diesen den Schulterschluss mit den AN. Die Neonazis drohten, das „Volksfront-Konzept“ platzen zu lassen, da die NPD auf den bürgerlichen Weg zurückgekehrt sei.⁷⁵

Die neue strategische Ausrichtung krankt an Widersprüchen, sie ist keinesfalls so durchdacht, wie die NPD suggerieren möchte. Der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf um die Parlamente“ ist nur schwer vereinbar, auf Dauer wird der Spagat zwischen bürgerlicher „Kümmerer-Partei“ und außerparlamentarischer Bewegungsformation mit antikapitalistischer Attitüde misslingen. Die vierte Säule, die „Volksfront“, ist zum Einfallstor für Neonazis geworden, die mit ihren Vorstellungen die Partei weiter radikalisieren.

74 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), 2007, Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin, S. 70.

75 Vgl. Marc Brandstetter, 2009, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden 2009 S. 185-203, besonders S. 197-201.

5. Neue Führung, neuer Kurs?

Mit der Wahl Holger Apfels an die NPD-Spitze am 4. November 2011 ging eine Ära zu Ende. Der bisherige Vorsitzende Voigt hatte der Partei insgesamt 15 Jahre vorgestanden, und die Grundlagen für ihre Konsolidierung gelegt. Seit 2008 sah er sich heftiger Kritik ausgesetzt, eine nicht aufgearbeitete Finanzaffäre, ein Schlingerkurs in weltanschaulichen Fragen sowie die strategische Konzeptlosigkeit verprellten die Basis. Voigt musste seine Energie darauf verwenden, sich auf dem Chefsessel zu halten. Zeit für politische Visionen blieb da kaum.

Einen ersten Putschversuch konnte er 2008/2009 abwehren. Beinahe wäre er über die kriminellen Machenschaften des damaligen NPD-Schatzmeisters und engen Freundes Erwin Kemna gestolpert, der fast eine dreiviertel Million Euro aus der NPD-Kasse abgezweigt hatte, um sie in seinen maroden Betrieb zu stecken. Die Herausforderer um Holger Apfel und den Schweriner NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs begingen aber einen strategischen Fehler. Sie schickten Andreas Molau, einen der wenigen Intellektuellen der Partei, in den Ring. Molau dachte nicht daran, sich mit der Rolle einer bloßen Marionette abzufinden und entwickelte eigene Vorstellungen: Er wollte die NPD in gemäßigte, neu-rechte Fahrwasser lenken. Die offene Flanke nahm Voigt denkbar an, ein gemeinsames Bündnis mit der radikaleren Parteiströmung, angeführt von dem mittlerweile verstorbenen Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, sicherte seine Mehrheit. Da nutze auch die Kehrtwende der innerparteilichen Opposition nichts, die Molau das Vertrauen entzog und mit Pastörs einen Hardliner ins Rennen schickte. Zu groß war die Angst der Basis, die Partei könne sich unter einer neuen Führung auf einen weichgespülten Kurs begeben. Das Porzellan war zerschlagen, die „Radikalen“ hatten sich längst hinter Voigt gesammelt, der um die Mehrheitsverhältnisse und die Gefühlslage seiner Partei wusste. Ohne diese Strömung ist in der NPD keine Politik zu machen. Pastörs – nicht gerade als Mann der leisen Worte bekannt – unterlag

auf einem turbulenten Parteitag in Berlin 2009 mit 72 zu 136 Stimmen, obwohl er zuvor den NS-Flügel der Partei mit aggressiv-antisemitischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf seine Seite zu ziehen versucht hatte.⁷⁶

Der zweite Griff des Duos Apfel/Pastörs nach dem Vorsitz war 2011 erfolgreich. Der Tod Riegers schwächte den radikaleren Flügel. Einige frühere Köpfe wie das ehemalige Vorstandsmitglied Thomas „Steiner“ Wulff hatten sich längst von der Bundes-NPD abgewendet und kochen im besonders radikalen Hamburger Landesverband ihr eigenes (erfolgloses) Süsschen. Trotzdem klammerte sich Voigt weiter an diesen Strohhalm. In der Deutschen Stimme schrieb er: „Wir wollen keine bessere CDU oder REP werden. Wir sind und bleiben das nationale Original. Ihr kennt mich und wisst: Die NPD unter meiner Führung lässt sich nicht weichspülen.“⁷⁷ Ohne die ehemaligen Unterstützer stand Voigt ohne Hausmacht dar. Eigene politische Erfolge hatte er nicht mehr vorzuweisen. Die Chance, dem Konzept der „seriösen Radikalität“ einen eigenen Vorschlag zur Ausrichtung der NPD entgegenzusetzen, hatte er verpasst. Dieses Mal sollte ihn mit Holger Apfel, dem Kopf der „gemäßigteren“ Parteiströmung und Vordenker des „sächsischen Weges“, ein Parteischwergewicht herausfordern. Apfel galt lange als „Kronprinz“, gemeinsam mit Voigt leitete er seinerzeit die ideologische und strategische Neuausrichtung ein, wenngleich er mehr im Hintergrund agierte. Die Partei liebt ihn nicht, respektiert ihn aber für seine Verdienste.

Mit seinem Gönner und Förderer Voigt hatte sich Apfel nicht erst 2008 überworfen. Bereits früher herrschte in zentralen Fragen Uneinigkeit. Apfel plädierte dafür, die NPD näher am Bürger, seriöser und gemäßigter auszurichten. Er kritisierte offen den Umgang Voigts mit einem Teil der „Freien

76 Vgl. Marc Brandstetter, 2009, Zerstritten, pleite, geächtet. Wohin führt der Weg der NPD, in: Deutschland Archiv, Nr. 3/2009, S. 389-393.

77 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 11/2011, S. 2.

Kameradschaften“. Sein Konzept der „Seriosen Radikalität“ hatte sich als das erfolgreichere zur Maximierung von Wählerstimmen erwiesen.⁷⁸

Bis zuletzt klammerte sich Voigt an seinen Führungsanspruch; der Kampf um die Parteispitze ging erneut nicht ohne Eskalation über die Bühne. Die Spatzen hatten es schon lange von den Dächern gepfiffen, die innerparteiliche Konstellation hatte sich zugunsten Apfels verändert: Seine Wahl auf dem Parteitag in der Fontanestadt Neuruppin war die logische Folge. Die anhaltende Durststrecke bei Wahlen (außerhalb von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) ließ viele frühere Voigt-Unterstützer endgültig von der Fahne gehen. Der von Voigt geführte Berliner Wahlkampf wurde nämlich zum Debakel. Mit ihren Provokationen, wie einem Wahlplakat, das den Spitzenkandidaten auf einem Motorrad mit der Bildunterschrift „Gas geben“ zeigte, schossen sie ein folgenschweres Eigentor: Nur 2,1 Prozent der Wähler gaben den Rechtsextremisten ihre Stimme.

Obwohl Apfel Voigt deutlich mit 126 zu 85 Stimmen aus dem Felde schlug, startete er geschwächt in seine erste Amtszeit als Parteivorsitzender. Wichtige Personalvorschläge fanden nicht die Zustimmung der Delegierten. Frank Franz, saarländischer NPD-Landesvorsitzender und exponierter Vertreter des „gemäßigeren“ Flügels, hatte er für einen Stellvertreterposten vorgeschlagen. Doch die Basis wollte als ihren Vize-Chef lieber Frank Schwerdt sehen, einen alten Voigt-Intimus, der von der neonationalsozialistischen Gruppierung „Die Nationalen“ zur NPD gestoßen war. Deshalb fungiert Franz nun als Bundespressesprecher. Exemplarisch zeigt sich hier die Heterogenität dieser Partei. Sie ist keinesfalls – so wie von der Führung gerne dargestellt – eine verschworene Truppe, sondern ein Sammelsurium unterschiedlicher, untereinander verfeindeter rechtsextremistischer Strömungen, von neonationalsozialistisch (Mehrheit) bis zu nationalkonservativ (Minderheit), die nur ihr kleinster gemeinsamer Nenner, die Abschaffung des demokratischen Systems der Bundesrepublik, eint.

⁷⁸ Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 11/2011, S. 12.

Die finanzielle Misere der Partei belastete die Ausgangssituation zusätzlich. Die Abgabe falscher Rechenschaftsberichte brachte der ständig klammen Organisation Strafzahlungen in Millionenhöhe ein.⁷⁹ Im Jahr 2009 stand sie mit insgesamt knapp 650.000 Euro in der Kreide. Ein Jahr zuvor kam sie noch auf ein Reinvermögen von gut 1,2 Millionen Euro.⁸⁰ Mit dem „Deutschen Stimme Verlag“ ist unlängst ein wichtiges wirtschaftliches Standbein in Schieflage geraten. Neben der DS gehört zu dem Verlag mit Sitz im sächsischen Riesa ein Versand mit rechtsextremistischen Artikeln aller Art, von der CD bekannter Rechtsrock-Bands über revisionistische Bücher bis hin zu allerlei Skurrilem wie einem Emailleschild mit der Aufschrift „Wolfsschanze“ für 24,90 Euro. 2011 war der Umsatz eingebrochen; der Versand sitzt auf einem viel zu hohen Warenbestand. Die Indizierung des aktuellen Kataloges hat den Abverkauf zusätzlich erschwert, weshalb der gesamte Verlag sogar vor der Pleite stehen soll.⁸¹ Durch den Tod Jürgen Riegers hat sie zudem ihren wichtigsten Gönner verloren. Rieger hatte in den letzten Jahren mit seinen Krediten immer wieder geholfen, finanzielle Engpässe zu überbrücken.

Während viele Probleme hausgemacht sind, droht die zufällige Aufdeckung einer rechtsextremistischen Terror-Zelle der NPD den Garaus zu machen. Heftig bläst ihr der Wind im Zuge der Ermittlungen gegen den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) entgegen, der 13 Jahre lang die Bundesrepublik mit einer beispiellosen Mord-Serie überzogen hatte. Wahrscheinlich ist der NSU für neun Morde an Kleinunternehmern mit ausländischen Wurzeln und einer Polizistin verantwortlich. Außerdem gehen mehrere Banküberfälle und Sprengstoffanschläge auf das Konto des Trios, das auch unter dem Namen „Zwickauer Zelle“ bekannt geworden ist.

79 Vgl. Jan Bielicki, Niederlage für die NPD, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/niederlage-fuer-die-mpd-millionenstrafe-wegen-falschen-angaben-1.1100787> (eingesehen am 4. Januar 2012).

80 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/4801, S. 34.

81 Vgl. Martin Machowecz, Der nationale Niedergang, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/mpd-holger-afel-nsu-deutsche-stimme> (eingesehen am 23. Dezember 2011).

Hektisch versucht die NPD einen Trennstich zwischen sich und dem gewaltbereiten Milieu zu ziehen. War es vor November 2011 kein Problem, vorbestrafte Gewalttäter in den eigenen Reihen zu dulden, sollen unliebsame Personen übereilt entfernt werden. Gerade erst war mit dem wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und Körperverletzung zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilten Patrick Wieschke ein militanter Kameradschafts-Aktivist aus Thüringen in den Bundespartei Vorstand aufgerückt. Nun wurde es aber überlebenswichtig für die Partei jeden noch so kleinen Verdacht auf Verbindungen zum NSU auszuräumen. Aber genau diese Verstrickungen sind belegbar: Mit Ralph Wohlleben, dem ehemaligen thüringischen NPD-Vize-Chef, gehörte wohl ein hoher Parteifunktionär zum engsten NSU-Unterstützerkreis. Und auch Wieschke steht im Verdacht, den drei Rechtsterroristen zumindest beim Verstecken geholfen zu haben.⁸²

Ein neues Verbotverfahren zieht am Horizont auf. Da nutzen die Distanzierungsversuche oder die Beteuerung, die Partei lehne Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab, wenig. Die NPD orakelt in dem ihr typischen verschwörungstheoretischen Duktus vielmehr, „die schrecklichen Mordtaten [würden] von unseren Gegnern instrumentalisiert, um eine hysterische Pogromstimmung gegen alle national gesinnten Kräfte zu erzeugen“. Die nationale Opposition solle mundtot gemacht werden.⁸³ Die Nervosität steigt, denn die Luft wird dünn.

Eigentlich hatte der neue Bundesvorsitzende Apfel geplant, die NPD durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket für breite Wählerschichten attraktiver zu machen, weg vom Image einer Polit-Sekte und Bürgerschrecktruppe. Die Botschaft müsse heißen: „Aus dem Volk, für das Volk“. Eine Aufweicheung der Grundsätze, wozu auch das Bekenntnis zum Abstammungsprin-

82 Vgl. Markus Wehner, Geld, Unterschupf, Waffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Dezember 2011.

83 Vgl. NPD-Parteipräsidium, Aktuelle Stellungnahme zum mutmaßlichen „Mördertrio“ Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe und einem evtl. Verbotverfahren gegen die NPD, unter: <http://deutschlandecho.org/index.php/2011/12/09/erklarung-npd-fuehrung-bezieht-stellung-zu-nsu-gewaltfrage-und-moeglichem-neuen-verbotsverfahren/> (eingesehen am 4. Januar 2012).

zip gehöre, stünde für eine „Weltanschauungspartei“ nicht zur Debatte. Seine Partei stehe vielmehr für einen radikalen Politikwechsel.⁸⁴ Die NPD wollte sich als „Kümmererpartei“ etablieren. Die Arbeitsabläufe sollten professionalisiert, die Kommunikation nach außen und innen verbessert und die Schulungsarbeit weiter vorangetrieben werden. Inhaltlich werde sich die NPD vor allem im Bereich der Integrationspolitik, der Sozialpolitik und Anti-EU-Politik bewegen. Interessantes gab Apfel zum Verhältnis zu den „Freien Kräften“ preis. Er stellte einen Leitfaden in Aussicht, der dieses Thema aufgreifen wird. In Sachsen arbeite man konstruktiv mit den Kameradschaften zusammen, ehemals führende Szene-Aktivisten hätten hohe Parteiposten übernommen. Er reiche allen konstruktiven Aktivisten die Hand und strebe ein „partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe an“.⁸⁵

Diese Worte zeigen, wohin die Reise gehen wird. Auch unter Apfel wird die NPD nicht von ihrer politischen Grundlinie abweichen. Sie bleibt weiterhin eine zutiefst antidemokratische, fremdenfeindliche und antisemitische Partei, die die Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung anstrebt. Aber die Außendarstellung wird eine „gemäßigtere“ sein. Der Putz der Partei bleibt braun, auch wenn ein wenig neue Farbe aufgetragen wird. Ob es reicht, nur „Kreide zu fressen“, um aus dem subkulturellen Milieu auszubrechen und damit (besonders in Westdeutschland) das Splitter-Parteien-Niveau zu verlassen, bzw. das am Horizont aufziehende Verbotsverfahren abzuwenden, muss die Zukunft zeigen.

84 Vgl. Holger Apfel, Seriose Radikalität, in: Deutsche Stimme Nr. 11/2011, S. 12.

85 Vgl. „Volksnah und Zukunftsorientiert“. Interview mit Holger Apfel, unter: <http://www.npd.de/html/1938/artikel/detail/2687/> (eingesehen am 7. Januar 2012).